

Keine CO₂-Speicherung im Weltnaturerbe Wattenmeer

Die Inseln und Halligen sind unmittelbar von den Folgen des Klimawandels durch den Anstieg des Meeresspiegels sowie die Zunahme von Stürmen etc., betroffen. Sie begrüßen daher alle sinnvollen Initiativen, die Ursachen des Klimawandels zu bekämpfen und die Folgen abzumildern.

Mit großer Bestürzung hat deshalb die Insel- und Halligkonferenz die Medienberichterstattung über die Untersuchung der Bundesanstalt für Geowissenschaften zur CO₂-Speicherung in der deutschen Bucht zur Kenntnis genommen. Schockiert zeigte sie sich auch über die Ankündigung aus dem Bundesumweltministerium und dem Bundeswirtschaftsministerium, den Bundesländern nun doch kein Vetorecht für die CO₂-Speicherung im eigenen Land zu gewähren.

Als Interessengemeinschaft aller nordfriesischen Insel- und Halliggemeinden einschließlich der Hochseeinsel Helgoland stellen wir uns mit aller Kraft gegen die Entsorgung von CO₂ im Wattenmeer.

Folgende Gründe sprechen aus unserer Sicht dagegen:

- Das Wattenmeer insgesamt und im Besonderen das nordfriesische mit seinen Inseln und Halligen ist eine sensible Biosphäre, die geschützt werden muss und nicht als Abfalldeponie missbraucht werden darf.
- Die ökologische Einzigartigkeit der Region ist durch die Anerkennung als „Biosphärenreservat Schleswig-Holsteinisches Wattenmeer und Halligen“ bereits auf internationaler Ebene geschützt worden. Die Anerkennung als Weltnaturerbe unterstreicht die Einzigartigkeit und die Schutzwürdigkeit. Sie dürfen durch die unterirdische CO₂-Entsorgung mit allen noch unbekanntem Langzeit-Nebenwirkungen nicht gefährdet werden.
- Der Tourismus als wichtiger Wirtschaftsfaktor der Region lebt vom Image der naturnahen Erholung. Die CO₂-Entsorgung passt nicht in dieses Bild, wird Gäste verunsichern und die Lebensgrundlage der Einheimischen gefährden.
- Die Inseln und Halligen sind unmittelbar von den Folgen des Klimawandels, Anstieg des Meeresspiegels, Zunahme von Stürmen etc., betroffen. Sie begrüßen daher alle Initiativen, die Ursachen zu bekämpfen. Wenn aber jetzt die CO₂-Entsorgung im großen Maßstab genehmigt wird, wird der Handlungsdruck für Investitionen in zukunftsfähige regenerative Energien zu investieren, geringer. Veraltete Technologien zur Verbrennung fossiler Brennstoffe werden länger aufrechterhalten, eventuell sogar Investitionen in neue fossile Kraftwerke begünstigt. Damit werden völlig falsche Anreize gesetzt, die die Vorreiterschaft deutscher Technologie im Bereich der erneuerbaren Energien aufs Spiel setzen.



- Es ist zu befürchten, dass das CO₂ bei der Abtrennung in Kraftwerken und Industrieanlagen mit Nebenprodukten wie weiteren Gasen (z.B. SO₂), Dioxinen, aromatischen Kohlenwasserstoffen und Schwermetallen verunreinigt wird und dieses Sondermüllgemisch unkontrollierte Reaktionen im „Endlager“ hervorruft. Die physikalischen und chemischen Bedingungen von hohem Druck und hoher Temperatur lassen das vermuten.
- Der Hohe Druck, unter dem die Verpressung des CO₂ erfolgt, kann geologische Verdrängungsprozesse auch auf wasserführende Schichten und letztlich auf das Grundwasser verursachen. Eine Beeinträchtigung des Grundwassers ist nicht ausgeschlossen.
- Der Kreis Nordfriesland und die Inseln und Halligen präsentieren sich als Klimaschutzregion, die auf eine nachhaltige Energieversorgung aus regenerativen Quellen ausgerichtet ist. Die CO₂-Entsorgung läuft dieser Ausrichtung zuwider.
- Die langfristigen Auswirkungen der CO₂-Entsorgung sind zu wenig erforscht, um sie in einer derart sensiblen Region wie dem Wattenmeer der Inseln und Halligen ausprobiert zu werden.

Die Insel- und Halligkonferenz

- fordert ein Verbot der CO₂-Speicherung, um eine direkte oder indirekte Gefährdung des Weltnaturerbes Wattenmeer, der dort lebenden Menschen und erholungssuchenden Gäste sowie des Grundwassers auszuschließen.
- fordert Ministerpräsident Peter Harry Carstensen und Wirtschaftsminister Jost de Jager auf, auf dem Vetorecht der Ländern im Bundesgesetz zur Speicherung von CO₂ zu beharren
- fordert ihre Mandatsträger im Kreistag, Landtag und Bundestag auf, sich gegen die CO₂-Speicherung im Wattenmeer einzusetzen
- fordert Umweltminister Norbert Röttgen und Wirtschaftsminister Rainer Brüderle auf, Ihre Gesetzgebungspläne zur CO₂-Speicherung nicht über die Köpfe der Betroffenen Insel- und Halligbewohner voranzutreiben, sondern vielmehr deren Initiativen zur nachhaltigen Energieversorgung zu unterstützen.
- fordert das Bundesumweltministerium und das Bundeswirtschaftsministerium auf, ihr Angebot, Verbände in das Gesetzgebungsverfahren zu CCS einzubeziehen, das sie in der gemeinsamen Presserklärung am 14.07.2010 gemacht haben, einzulösen und die Insel- und Halligkonferenz einzuladen.
http://www.bmu.de/pressemitteilungen/aktuelle_pressemitteilungen/pm/46226.php

V.i.S.d.P. Carsten Massau



Insel- und Halligkonferenz e.V. Mühlenweg 10, D 25938 Midlum auf Föhr, 04681/3468
massau@inselundhalligkonferenz.de, www.inselundhalligkonferenz.de
www.halligen.de